



Energie-Control Austria für die Regulierung der
Elektrizitäts-, Gas- und Wasserstoffwirtschaft
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

BUNDESARBEITSKAMMER

PRINZ-EUGEN-STRASSE 20-22
1040 WIEN
www.arbeiterkammer.at

GZ: R SNE G 01/26

Datum 28.04.2026

Unser Zeichen

Bearbeiter/in

Tel

+43 15016512253

GEBU/BAK/2026/0314

Joel TÖLGYES

E-Mail

Joel.TOELGYES@akwien.at

Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 geändert wird (Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 – 2. Novelle 2026, GSNE-VO 2013 – 2. Novelle 2026)

Die Bundesarbeitskammer (BAK) bedankt sich für die Übermittlung des Entwurfs und nimmt dazu wie folgt Stellung.

Zum Inhalt des Entwurfs:

Im vorliegenden Verordnungsentwurf wird eine Neubestimmung der Tarife für das österreichische Gas-Fernleitungsnetz im Marktgebiet Ost implementiert. Dies ist notwendig, da es auf Ebene der Gas-Fernleitungen mit der aktuellen Regulierungsperiode zu grundlegenden Änderungen gekommen ist: Erstens ging das Mengenrisiko mit der aktuellen Regulierungsperiode von den Netzbetreibern zu den Netznutzer:innen über, zweitens wurde die Tarifierungsmethode (Referenzpreismethode) selbst novelliert. Die Tarife werden daher in der aktuellen Regulierungsperiode jährlich aktualisiert. Als Folge des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine hat sich erstens die Gasflussrichtung durch die österreichischen Gas-Fernleitungen stark geändert. Zweitens kam es zu einem massiven Einbruch der transportierten Gasmengen durch Österreich, da der Gastransit stark zurückgegangen ist. Als Resultat müssen die österreichischen Gasnetznutzer:innen nun einen größeren Anteil an den Kosten der Gas-Fernleitungen tragen. Die für die österreichischen Gasnetznutzer:innen maßgeblichen Entgelte für den Exit in das Verteilergesamt werden im vorliegenden Verordnungsentwurf daher um €0,17 je Kilowattstunde pro Stunde (kWh/h) erhöht, das entspricht einer Steigerung von rund 8 %. Beim Exit in das Verteilergesamt Kärnten beträgt der Anstieg €0,62 je kWh/h (entspricht einer Steigerung von ebenfalls rund 8 %). Bei den Entry-Entgelten kommt es zu einem leichten

Rückgang. Bei den mengenbasierten Entgelten kommt es jedoch zu mehr als einer Verdoppelung aufgrund der gestiegenen Gaspreise. Die Novelle der Gas-Fernleitungsnetzentgelte erfolgt getrennt von der Novelle der Netzentgelte auf Ebene der Verteilernetze, da die Fernleitungsentgelte für die ab Sommer möglichen Kapazitätsbuchungen feststehen müssen.

Die wichtigsten Punkte aus Sicht der BAK:

- Die Zukunft der Gasnetze ist von großen Herausforderungen geprägt. Durch die Dekarbonisierung des österreichischen Energiesystems wird es dort zu grundlegenden Veränderungen kommen. Teil dieser Veränderungen ist, dass das Gasnetz über eine immer geringere Nutzung finanziert werden muss. Dies führt dazu, dass die spezifischen Netzentgelte, die von den einzelnen Netznutzer:innen getragen werden müssen, steigen werden. Die Entgeltanstiege der letzten Jahre, aber auch des aktuellen Jahres sind die ersten Vorboten dieser Veränderung. Gleichzeitig ist künftig nicht nur mit einer sinkenden Netznutzung zu rechnen, sondern auch mit weiter steigenden Kosten, etwa durch den Biogasausbau.
- Aus Sicht der BAK ist dabei besonders problematisch, dass viele Haushalte nicht aus eigenem Antrieb aus dem Gasnetz aussteigen können. Dies gilt insbesondere für Mieter:innen oder für Haushalte mit niedrigen Einkommen. Sie wären von künftigen Entgeltsteigerungen am stärksten betroffen.
- Die diesjährigen kapazitätsbezogenen Entgeltsteigerungen auf Ebene der Gas-Fernleitungen sind verglichen mit den Steigerungen des Vorjahres deutlich geringer. Die genauen Auswirkungen auf die Entgelte für die Endkund:innen werden erst im Herbst mit der Novelle der Entgelte auf Ebene der Verteilernetze abschätzbar sein. Dennoch sieht die BAK die Entgeltsteigerungen äußerst kritisch. Denn sie stellen eine zusätzliche Belastung für die krisengebeutelte österreichische Wirtschaft und die österreichischen Haushalte dar. Diese müssen neben steigenden Gasnetzentgelten auch steigende Stromnetzentgelte und im internationalen Vergleich insgesamt höhere Energiekosten stemmen.
- Aus Sicht der BAK zeigt dies insgesamt, dass in Bezug auf die rechtlichen Rahmenbedingungen, aber auch auf die Regulierung der Gasnetze der Handlungsdruck steigt. Aus Sicht der BAK müssen die europäischen Vorgaben des Gasbinnenmarktpakets schnellstmöglich umgesetzt werden – insbesondere in Bezug auf die Wärmeraumplanung und Gasnetzstilllegung. Auf Ebene der Gasfernleitungen braucht es vor allem einen Plan für die Umwidmung der Gasleitungen zu Wasserstoffleitungen. Denn der Rückgang der Transitmengen führt dazu, dass die Fernleitungen teils nicht mehr im selben Ausmaß für den Gastransport gebraucht werden.

Die BAK ersucht um Berücksichtigung ihrer Anliegen und Anregungen.

